

Menschen vor Profit: Beschäftigung fördern – Bankprofite reduzieren!

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Pressemitteilung

Attac Deutschland

Frankfurt am Main, 14. Juni 2023

Attac fordert sozial-ökologische Transformation der Geldpolitik der EZB

Anlässlich der am 15. Juni anstehenden geldpolitischen Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB), bei der eine erneute Zinserhöhung diskutiert und entschieden werden soll, erneuert das globalisierungskritische Netzwerk Attac seine Kritik an der EZB.

„Die aktuelle Geldpolitik der EZB ist einfalllos und aus der Zeit gefallen. Nicht das Einkommen der Arbeitenden muss weiter beschnitten, sondern die Profite der Reichen reduziert werden! Die Geldpolitik muss sich umkehren. Dazu ist als erster Schritt auf eine weitere Zinserhöhung zu verzichten und der Einlagenzinssatz schrittweise auf null abzusenken“, erklärt Alfred Eibl von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern.

Um die Inflation zu bekämpfen ist es die erklärte Absicht der EZB, mit Zinssteigerungen und der daraus folgenden steigenden Kreditbelastung und verminderten Investitionskraft von Unternehmen Betriebsschließungen und Entlassungen hinzunehmen. Damit soll auch erreicht werden, dass dadurch geschwächte

Gewerkschaften Lohnerhöhungen zum Ausgleich von Preissteigerungen nicht mehr durchsetzen können. Dies sollte dann, so die darauf aufbauende Hoffnung der EZB, durch den Kaufkraftschwund der Arbeitnehmer*innen zu stabilen Preisen führen.

Gleichzeitig wurde und wird mit den Zinssteigerungen für Kredite auch der Einlagenzinssatz der Zentralbank angehoben. Durch die hohen Einlagen der Banken bei der Zentralbank als Folge der großen Geldvermehrung der letzten Jahre subventioniert gegenwärtig die Zentralbank die Banken im Euro-Währungsgebiet mit über 100 Milliarden Euro im Jahr.

„Bewusst Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit bei Menschen herbeizuführen, die Tag für Tag hart arbeiten, um die gestiegenen Kosten für Lebenshaltung, Energie und Nahrungsmittel aufzubringen, und gleichzeitig die Banken mit Milliardenbeträgen zu subventionieren, um die Profite aus Geldanlagen zu sichern, ist schlichtweg zynisch. Damit soll die gesamte Last des Kampfes gegen die Inflation und Teuerungen, die vom Anstieg der Importpreise getrieben wurden, von den Reallöhnen der Arbeiter*innen getragen werden. Währenddessen werden die vielfach extremen Steigerungen der Gewinnspannen für Unternehmen einfach toleriert – das ist ein Skandal“, ergänzt Eibl.

Attac kritisiert, dass die bisherige Geldpolitik angesichts der tatsächlichen Ursachen der Preissteigerungen für höhere Arbeitslosigkeit sorgt. Um die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation hin zu nachhaltiger und sozial- sowie klimagerechter Produktion zu ermöglichen, reicht Zinspolitik nicht aus. Staat und Zentralbank sind gefordert, eine Fiskal- und Geldpolitik zu verfolgen, die Gemeinwohl für alle und eine klimaverträgliche Wirtschaft befördern. Dazu ist massive Umverteilung und eine Einschränkung von Verfügungsgewalt über Vermögen notwendig. Nur so kann die Schere zwischen Arm und Reich geschlossen und die Klimakrise überwunden werden.

Für Rückfragen und Interviews:

Alfred Eibl, Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern,
alfred.eibl@attac.de, +49 160 9078 0266

–

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009

Friedensaktionen in über 20 Städten geplant

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine"

21. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine zum ersten Mal: Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ rufen 18 Friedensgruppen zu Protesten gegen den Krieg und für Frieden auf.

Am Wochenende des Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf sein Nachbarland Ukraine gibt es

zahlreiche Möglichkeiten, sich an Protesten für ein Ende des Krieges zu beteiligen. Ein Bündnis aus 18 Friedens-, Umwelt- und antifaschistischen Gruppen hat zu Aktionen aufgerufen, die in mehr als 20 Städten geplant sind:

- In Berlin wird bereits am Donnerstag, 23. Februar, ab 18 Uhr ein großes – 10 Meter im Durchmesser – PEACE-Zeichen aus Kerzen vor dem Brandenburger Tor aufgebaut sein. Dazu wird es Reden, u. a. von Rudi Friedrich (Connection e.V.), zur aktuellen Lage von Kriegsdienstverweigerer*innen und von Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine geben.
- In Frankfurt am Main beginnt am Freitag, 24. Februar, um 17 Uhr eine Demonstration an der Konstablerwache, vorbei an den ukrainischen und russischen Konsulaten bis zur Alten Oper, wo es eine Abschlusskundgebung mit mehreren Redner*innen geben wird. Auch dort wird ein PEACE-Zeichen aus Kerzen aufgebaut.
- In Köln ist für Samstag, 25. Februar, um 17 Uhr auf dem Alten Markt eine Demonstration geplant, bei der es inhaltlich auch um die Gefahr eines Atomkriegs gehen wird. Grund dafür ist die aktuelle Stationierung von Bundeswehr-Kampffjets in Nörvenich nahe Köln, die im Ernstfall die letzten in Deutschland gelagerten US-Atombomben ins Ziel fliegen sollen.
- Friedensaktionen sind zudem in Bonn, Bochum, Elmshorn, Freiburg, Gammertingen, Halle (Saale), Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Langen, Limburg, Mainz, Nördlingen, Stuttgart, Ulm, Worms und weiteren Orten zwischen dem 24. und 26. Februar geplant – Details finden sich auf der Bündniswebsite: www.stoppt-das-toeten.de

Das „Stoppt das Töten“-Bündnis ruft auch zum Abbruch des Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung auf. Im Gegensatz zu anderen für das Wochenende kursierenden Protestaufrufen fordert das Bündnis eindeutig „den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine“. Dem Bündnis ist zudem eine klare

Abgrenzung nach rechts wichtig. Man lade alle Menschen ein, sich an den Aktionen gegen Krieg und Aufrüstung zu beteiligen, aber: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmythen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine klare Absage.“

Neben den Aktionen auf der Straße bietet das Bündnis auch eine Webinarreihe mit Vorträgen und Diskussionen etwa zu „Zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung anhand von Beispielen aus Belarus und der Ukraine“, „Rechten Vereinnahmungsversuchen in der Friedensbewegung“, „Deutschen Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine“ sowie zur „innenpolitischen Lage in Russland“ an.

Eine Übersicht über die Webinare, den vollständigen Aufruf, eine Aktionsübersicht sowie weitere Informationen gibt es auf der Website des Bündnisses: www.stoppt-das-toeten.de

Bei Fragen und für Interviews stehen wir gerne zur Verfügung!

Pressekontakte:

Attac: Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180 714

DFG-VK: Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

Netzwerk Friedenskooperative: Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

VVN-BdA: Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Aufrufende Organisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | Attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen |

Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden |
Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb |
Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative |
Ökumenische FriedensDekade | Ohne Rüstung Leben | Ökumenische
FriedensDekade | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit neu
denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der
Antifaschistinnen und Antifaschisten

–

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48
60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009

Stoppt das Töten! Start einer friedenspolitischen Online- Veranstaltungsreihe rund um den Krieg in der Ukraine, 14. Februar bis 29. März

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!"

14. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine zum ersten Mal. Um den inhaltlichen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich daraus für Friedensaktivist*innen und Antimilitarist*innen ergeben und um Antworten auf brennende friedenspolitische Fragen zu finden, organisiert das zivilgesellschaftliche Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine!“ eine Online- Veranstaltungsreihe mit vorerst sechs Terminen vom 14. Februar bis 29. März. Durch das Programm führt Stephan Lindner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Kontakt: 0176-24342789.

Über diesen Link können Sie sich für die erste Veranstaltung heute um 19 Uhr anmelden. Für jede Veranstaltung wird ein neuer Link generiert, der auf der Webseite des Bündnisses veröffentlicht wird. Dort finden sie auch die Ankündigungstexte für die weiteren Veranstaltungen.

Dienstag, 14. Februar 2023, 19:00 Uhr, „Frieden schaffen mit weniger Waffen oder Nuklearkrieg – haben wir die Wahl?“ Wie ist die aktuelle Lage in der Ukraine zu beurteilen und welche Handlungsoptionen gibt es für Menschen in der Friedensbewegung? Mit Andreas Zumach (Journalist)

Mittwoch, 22. Februar 2023, 19:00 Uhr, Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung. Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen anhand von Beispielen aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern. Mit Christine Schweitzer (Geschäftsführerin Bund für Soziale Verteidigung)

Mittwoch, 1. März 2023, 19:00 Uhr, Rechte Vereinnahmungsversuche in der Friedensbewegung. Diskussion anhand konkreter Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. Mit Florian Gutsche (Bundesvorsitzender VVN-BdA)

Donnerstag, 16. März 2023, 19:00 Uhr, Deutsche Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine, Osteuropäische Perspektiven mehr wahrnehmen. Mit Christine Hoffmann (Generalsekretärin des pax christi – Deutsche Sektion e.V.), Elena Rother und Georg Hörnschemeyer (Mitglieder der pax christi-AG-Ost- und Mitteleuropa)

Dienstag, 21. März 2023, 19:00 Uhr, Innenpolitische Lage in Russland und die Entwicklung in den letzten Jahren. Mit Vera Ammer (Mitglied im Vorstand von MEMORIAL Deutschland e. V.)

Mittwoch, 29. März 2023, 19:00 Uhr, Handlungsoptionen der deutschen Politik. Welche Möglichkeiten hat die deutsche Politik, um sich für Verhandlungen, einen Waffenstillstand und eine neue gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzusetzen? Mit Simon Bödecker (Referent für Öffentlichkeitsarbeit und atomare Abrüstung bei „Ohne Rüstung Leben“)

Das Bündnis ruft des Weiteren zu dem [Aktionswochenende „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“](#) vom 24. bis 26. Februar auf. Eine Liste der geplanten Aktionen finden Sie [hier](#).

Für Fragen und Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakte:

[Attac:](#) Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180714

[DFG-VK:](#) Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

[Netzwerk Friedenskooperative:](#) Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

[VVN-BdA:](#) Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Das Bündnis:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen |
Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden |
Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb |
Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative |
Ohne Rüstung Leben | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit
neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund
der Antifaschistinnen und Antifaschisten

–
Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009

Konferenz zum Thema Vergesellschaftung debattiert im Oktober über Strategien für eine demokratische Wirtschaft.

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Berlin. Die Anmeldung zur Konferenz „Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft“, die vom 7. bis

9. Oktober in Berlin stattfindet, ist eröffnet! Die Veranstalter*innen freuen sich darauf Teilnehmenden aus Aktivismus, Gewerkschaften, Wissenschaft, Parteipolitik und Zivilgesellschaft einen Raum zu bieten, um den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft voranzubringen.

Ramona Schmidt, Pressesprecherin des Konferenzteams, erklärt dazu: „Zeitgleich zum Start der Anmeldephase zeigen sich erneut die Abgründe einer auf Privateigentum und Gewinnorientierung basierenden Wirtschaft, die nicht an einem guten Leben für alle ausgerichtet ist: Während ein Großteil der Bevölkerung besorgt einem Winter mit extremen Energiepreisstegierungen entgegenblickt, erwarten Energiekonzernriesen üppige Gewinne. Parallel dazu wird Vergesellschaftung in Berlin konkret. Dort nimmt die Kommission zur Enteignung großer Wohnkonzerne ihre Arbeit auf. Jetzt ist es an der Zeit, der Debatte um Vergesellschaftung Auftrieb zu verleihen!“

Von Wohnen über das Gesundheitssystem und Mobilität bis hin zur Energieversorgung, Antworten finden wir in einer Demokratisierung der Wirtschaft. Wie diese konkret vorangetrieben und umgesetzt werden kann, soll auf der Konferenz für Vergesellschaftung gemeinsam erarbeitet werden.

Schmidt dazu: „Wir haben ein vielfältiges Programm zusammengestellt, welches auf konkrete politische Bewegungen ausgerichtet ist. In Workshops wird es viel Raum für Austausch und Strategieentwicklung geben. Auf den Podiumsgesprächen, die online verfolgt werden können, teilen bspw. Sabine Nuss, Bini Adamczak, Rabea Berfelde und Daniel Loick ihre Perspektiven auf das Thema Vergesellschaftung. Wir freuen uns auf drei Tage Diskussionen, Vernetzung und solidarisches Miteinander!“

Die Konferenz wird organisiert von communia – Zentrum demokratische Wirtschaft gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, Berlin 21, Fridays for Future, dem Institut

Solidarische Moderne, Konzeptwerk Neue Ökonomie, Oxfam Deutschland, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Sonderforschungsbereich Strukturwandel des Eigentums.

Mehr zum Programm, zu Referent*innen und zur Anmeldung unter:
<https://vergesellschaftungskonferenz.de>

Pressekontakt:

presse@vergesellschaftungskonferenz.de

Ramona Schmidt +49 157 87932556 (Mo-Fr 9-17 Uhr)

Einladung zum Pressegespräch: Die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Presseeinladung

Attac Deutschland

Frankfurt am Main, 5. August 2022

Marc Dengler, Pressestelle

Tel. 0162 3448009, presse@attac.de

www.attac.de

Einladung zum Pressegespräch:

Die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach

- Mittwoch, 10. August, 11 Uhr
- Online über Clickmeeting

Nach 2014 in Paris und 2017 in Toulouse kommen diesen Monat hunderte Aktivist*innen aus ganz Europa in Mönchengladbach zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) der sozialen Bewegungen zusammen. Vom 17. bis 21. August diskutieren sie auf Einladung des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac in etwa 100 Foren und Workshops über die brennenden Themen unsere Zeit, etwa den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, die Klimakrise oder die kapitalistische Krisenpolitik.

Der Ort nahe dem rheinischen Braunkohlerevier ist mit Bedacht gewählt. Inmitten eines Brennpunktes der Klimazerstörung und des Widerstandes dagegen will die ESU einen Ort von Vernetzung und Diskussion auch zwischen den älteren sozialen Bewegungen und der jüngeren Klimagerechtigkeitsbewegung bieten. Eine gemeinsame Aktion in Lützerath bildet den aktivistischen Abschluss der Sommeruni.

Bei einem Pressegespräch stellen wir Ihnen das Programm einschließlich der Kulturveranstaltungen, die örtlichen Gegebenheiten sowie Hintergründe der ESU vor.

Als Gesprächspartner*innen stehen Ihnen zur Verfügung:

- Hugo Braun, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland
- Patrick Wendtland, AStA-Vorsitzender Hochschule Niederrhein
- Christiane Kühnrich, Projektkoordinatorin der ESU22

Das Online-Pressegespräch beginnt am Mittwoch, 10. August, um 11 Uhr auf der Konferenzplattform Clickmeeting. Eine Installation des Programms ist nicht notwendig. **Den Link erhalten Sie nach Ihrer Akkreditierung per Mail an**

presse@attac.de. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

Mehr Informationen: esu22.eu

Für Rückfragen: presse@attac.de, Tel. 0162 3448 009

Pressemitteilung der Initiative „9-Euro-Ticket weiterfahren“

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



25.07.2022

Unter dem Motto „9-Euro-Ticket weiterfahren!“ geht am heutigen Montag ein breit getragener Aufruf an den Start. Zentrale Forderung ist, das erfolgreiche Modell des 9-Euro-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr über die ursprünglich geplanten drei Monate hinaus zu verlängern. Ihre Forderungen und zahlreiche Unterstützer*innen präsentiert die Initiative auf <http://9-euro-weiterfahren.de>.

Die Initiative stellt folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- Das 9-Euro-Ticket muss verlängert werden für den öffentlichen Nahverkehr im ganzen Land
- Die Regierung muss massiv in den Ausbau von Bus und Bahn sowie in mehr Personal zu guten Arbeitsbedingungen investieren.
- Die Haushaltsmittel müssen umgeschichtet werden, um Mobilität für alle zu finanzieren, statt den klimaschädlichen Autoverkehr weiter zu fördern.

Die Initiative „9-Euro-Ticket weiterfahren“ wird unter anderem vom Institut Solidarische Moderne, Attac Deutschland, Changing Cities und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie mitgetragen. Zu ihr gehören zudem prominente Persönlichkeiten wie Carla Reemtsma, Carola Rackete, Professor Christoph Butterwegge und Konstantin Wecker, aber auch eine Vielzahl von Vertreter:innen aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und ökologischen Bereich, die sich für eine sozial-ökologische Mobilitätswende einsetzen.

„Das 9-Euro-Ticket wurde über 30 Millionen Mal verkauft und zeigt damit klar: Der Bedarf nach bezahlbarer klimafreundlicher Mobilität ist riesig“, kommentiert Sabine Leidig vom Institut Solidarische Moderne. „Die steigende Teuerungsrate zum Ablauf des 9-Euro-Monatstickets wird für viele Menschen sehr hart zu Buche schlagen. Verkehrsminister Wissing will keine Lösung, die der notwendigen Verkehrswende gerecht wird. Deshalb wollen wir Druck machen, viele Unterschriften sammeln und zum Aktionstag Ende August einladen. Wir fordern, dass Alle mindestens bis zum Jahresende weiterhin für 9 Euro auf die Öffis umsteigen können. Danach ist ein Klimaticket für 365 Euro im Jahr nötig und Neun-Euro oder Nulltarif für einkommensarme Menschen.“

Für eine sozial und ökologisch gerechte Mobilitätswende will die Initiative zugleich den barrierefreien Ausbau und mehr gute Arbeit für besseren öffentlichen Nahverkehr. „Das 9-Euro-Ticket hat die Versäumnisse jahrzehntelanger autozentrierter Politik ins öffentliche Bewusstsein katapultiert: Kaputte Infrastruktur und überlastetes Personal bremsen den

klimapolitisch notwendigen Umstieg auf die Öffis massiv,“ ergänzt Dominique Just von Robin Wood. „Die Bundesregierung muss endlich klimaschädliche Subventionen im Verkehr und unsinnige neue Autobahnprojekte streichen. Wir fordern stattdessen eine Aufbauoffensive mit 20 oder 30 Milliarden jährlich für Bus, Bahn und gute Beschäftigung. Es ist keine Frage, ob Geld da ist – es geht um den politischen Willen. Da wollen und können wir nachhelfen.“

Mit Unterschriftensammlungen an Haltestellen, in Regionalbahnen über Social Media und auf der Homepage www.9-euro-weiterfahren.de soll in den kommenden Wochen viele Menschen erreicht werden. Um den Forderung Nachdruck zu verleihen, plant die Initiative einen bundesweiten Aktionstag am Samstag, den 27. August.

Kontakt:

Sabine Leidig / Institut Solidarische Moderne /
sabine.leidig@mailbox.org / 0160 1852519

Dominique Just / Robin Wood / verkehr@robinwood.de / 0151
61813942

Achim Heier / Attac Deutschland / achim.heier@attac.de / 0176
8799 3760

G7: “Gerecht geht anders” – Großdemo in Münchner Innenstadt

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



OXFAM

[Presse-Info]

München, 25. Juni 2022. Mit einer Großdemonstration durch die Münchner Innenstadt appelliert ein Bündnis aus 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen heute an die Teilnehmer:innen des anstehenden G7-Gipfels auf Schloss Elmau (26.-28.6.). Die Organisationen sprechen sich gemeinsam dafür aus, dass die G7-Staaten entschieden gegen die Klimakrise und das Artensterben vorgehen und Hunger, Armut sowie Ungleichheit bekämpfen. Die G7-Staaten müssen in diesem Zusammenhang auch Konsequenzen aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine ziehen und die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle stoppen. Die Demonstration beginnt gegen 12 Uhr auf der südlichen Theresienwiese mit einer Auftaktkundgebung.

Ablauf der Demonstration:

– **12:00 Uhr Auftaktkundgebung an der südlichen Theresienwiese**
(<https://www.openstreetmap.org/?mlat=48.1287&mlon=11.5468#map=16/48.1287/11.5468>)

Eröffnung der Anfangskundgebung mit Rede- und Musikbeiträgen

– **ca. 13:00 Uhr Start Demo durch die Innenstadt**

Route: Theresienwiese – Poccistraße – Lindwurmstraße – Herzog-Heinrich-Straße – Kaiser-Ludwig-Platz – Herzog-Heinrich-Straße – Paul-Heyse-Straße – Schwanthalerstraße – Sonnenstraße – **Sendlinger-Tor-Platz – Lindwurmstraße – Poccistraße –**

Theresienwiese

- **ca. 14:30 Uhr Abschlusskundgebung**
mit Rede- und Musikbeiträgen
- **ca. 16 Uhr voraussichtliches Ende**

An der rechten Seite der Bühne (Blickrichtung: auf Bühne) wird es einen Pressecounter geben, an dem Sie sich für 0-Töne, Fotos sowie weitergehende Informationen akkreditieren können. Zudem wird es vor Ort ein Podium für Fotomöglichkeiten geben.

Stimmen der Bündnispartner:innen, auch als Audiodateien, finden Sie hier: www.g7-demo.de/presse. Die ausführlichen Programmpunkte der Demonstration sind auf der nächsten Seite aufgeführt.

Die Großdemonstration in München reiht sich ein in die vielfältigen Proteste rund um den G7-Gipfel im Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen. Dort empfängt die Bundesregierung vom 26. – 28. Juni Staats- und Regierungschefs großer Industriestaaten zum G7-Gipfel.

Trägerorganisationen

Aktion gegen den Hunger, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Attac, Brot für die Welt, BUND für Umwelt- und Naturschutz, BUND Naturschutz in Bayern, Campact, Greenpeace, IG Nachbau, MISEREOR, Naturschutzbund Deutschland, NaturFreunde Deutschlands, Oxfam Deutschland, Welthungerhilfe und WWF Deutschland.

Hashtags:

#G7 #GerechtGehtAnders

Mehr Informationen:

www.g7-demo.de

presse@g7-demo.de

Programm

Auftaktkundgebung

(Wir behalten uns kurzfristige Änderungen vor)

12:00 Uhr Beginn Auftaktkundgebung

12:10 Uhr Reden der Jugendverbände der Trägerkreis-Organisationen:

Fiona & Kilian (Greenpeace Jugend), Beccy (BN Jugend), Ilayda (WWF Jugend),

Luca (NaJu Bayern)

12:20 Uhr Rede von Viviane Raddatz (WWF)

12:25 Uhr Rede von Africa Kiiza (SEATINI Uganda; Brot für die Welt)

12:30 Uhr Live Musik von Jessica Onuigwe & Band

12:40 Uhr Rede von Lisa Göldner (Greenpeace)

12:45 Uhr Elena Cadeggianini & Soja-Nemo Heißerer (AG Klima der Plattform Stop G7 Elmau)

12:50 Uhr Rede von Esteban Servat (Debt For Climate)

12:55 Uhr Rede von Christoph Bautz (Campact)

Abschlusskundgebung

14:30 Uhr Act (Big Heads) und Rede von Charlotte Becker (Oxfam)

14:35 Uhr Rede von Martin Geilhufe (BUND Naturschutz in Bayern)

14:40 Uhr Rede von Emilia Reyes (Directora de Políticas y Presupuestos para la

Igualdad y el Desarrollo Sustentable bei Equidad, Mexico)

14:45 Uhr Rede von Uwe Hixsch (NaturFreunde Deutschlands)

14:50 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

14:55 Uhr Rede von Bettina Cruz (CNI-Congreso nacional indígena, Mexico)

15:00 Uhr Rede von Rosi Reindl (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)

15:05 Uhr Rede von Evelyn Acham (Klimagerechtigkeitsaktivistin, Uganda; RiseUp)

15:10 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

15:15 Uhr Rede von Lisa Poettinger
(Klimagerechtigkeitsaktivistin, München)

15:20 Uhr Rede von Judith Amler (Attac Deutschland)

15:25 Uhr Rede von Ina-Maria Schikongo
(Klimagerechtigkeitsaktivistin, Namibia)

15:30 Uhr Live-Musik & Performance von Edite Domingos

15:40 Uhr Rede von Michaela Amira (AG Krieg & Frieden der
Plattform Stop G7 Elmau)

15:45 Uhr Rede Sierra Leone Refugee Camp (1 Jahr
Dauerkundgebung, München)

15:50 Uhr Einladung von Brigitte Ziegler zur 3.
Weltfrauenkonferenz in Tunesien

15:55 Uhr Abschluss von Uwe Hicksch (NaturFreunde Deutschlands)

Kontakt zu den Sanitäter:innen: 0 15 15 157 96 34

Pressekontakte:

Allgemeine Anfragen: presse@g7-demo.de

Aktion gegen den Hunger Vassilios Saroglou,
presse@aktiongegendenhunger.de,
030 279 099 776

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Charlotte
Gengenbach, gengenbach@abl-ev.de, 0152 088 537 60

Attac Roland Süß, suess@attac.de, 0175 272 5893

Brot für die Welt Thomas Beckmann, thomas.beckmann@brot-fuer-die-welt.de,
0174 181 0175

BUND Clara Billen, clara.billen@bund.net, 030 275 864 64

BUND Naturschutz in Bayern Florian Kaiser,

florian.kaiser@bund-naturschutz.de,
0175 363 52 51

Campact Iris Karolin Rath, presse@campact.de, 0151 221 254 20

Greenpeace Tina Loeffelbein, tina.loeffelbein@greenpeace.org,
0151 167 209 15

MISEREOR Barbara Wiegard, barbara.wiegard@misereor.de, 030 443
519 88

NABU Katrin Jetzlsperger, presse@nabu.de, 030 284 984 1534

NaturFreunde Deutschlands Uwe Hicksch, hicksch@naturfreunde.de,
0176 620 159 02

Oxfam Deutschland Steffen Küßner, skuessner@oxfam.de, 030 453
069 710

Welthungerhilfe Anne-Catrin Hummel,
AnneCatrin.Hummel@welthungerhilfe.de,
0172 2525962

WWF Deutschland Julian Philipp, presse@wwf.de, 030 311 777 472

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und
Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert,
um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im
Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund
4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Zahlreiche Initiativen werden „autofreie Tage selber machen“: Aktionen im Kontext der verschleppten Mobilitäts- und Energiewende

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Presseankündigung

Aktionsbündnis #MobilitätswendeJetzt

Dienstag, 14. Juni 2022

Bundesweites Protest-Wochenende für weniger Autos und klimafreundliche Mobilität am 18. und 19. Juni

Mit bundesweiten Aktionstagen setzen zahlreiche Gruppen der Mobilitätswende-Bewegung am 18. und 19. Juni gemeinsam ein Zeichen: für flächendeckend bessere Angebote und bezahlbare Tickets bei Bus und Bahn, mehr Platz fürs Radfahren und Zufußgehen, einen Baustopp von Autobahnen und Bundesstraßen und eine Verkehrspolitik mit deutlich weniger Autos.

Dafür sind bunte Aktionen in rund 20 Orten angekündigt: In Darmstadt und Stuttgart wird Druck für besser ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV gemacht. In Berlin, Meppen, Oberhausen, Hannover, Halle, Darmstadt, Rüsselsheim und Frankfurt/M. wenden sich Lokalbündnisse u. a. per Rad- und Fußdemonstrationen gegen unnötige Straßenbauprojekte. Menschen

in Lustnau, Leverkusen und Meiningen schaffen autofreie Tage in der Praxis und verwandeln Autoflächen in Räume der Begegnung. In Berlin findet eine Meisterschaft im Ampelwettlaufen statt; zwischen Darmstadt und Heppenheim lässt sich bei einer Fahrradsternfahrt entspannt nebeneinander auf der Straße fahren.

Sabine Lassauer vom Aktionsbündnis: „Selbst angesichts der Folgen des Angriffskriegs gegen die Ukraine setzt die Bundesregierung auf kurz gedachte, teils kontraproduktive Maßnahmen. Statt zeitlich begrenztem 9-Euro-Ticket, Tankrabatt und permanentem Ausbau von Autobahnen und Straßen brauchen wir kostengünstigen ÖPNV für immer und einen massiven Ausbau von Bus und Bahn sowie Rad- und Fußwegen. Nur durch gute Alternativen zum Auto können wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern und eine echte Mobilitätswende schaffen.“

Die Aktionstage werden von einer Vernetzung verschiedener lokaler Verkehrsinitiativen, Verbänden und Umweltgruppen getragen. Die Aktionen werden jeweils vor Ort geplant und durchgeführt. Die Beteiligten eint der Wille, sich für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende einzusetzen.

Die lokalen Aktionen eignen sich gut für Ihre Text- und Bildberichterstattung. Gerne vermitteln wir Ihnen auf Anfrage Presse-Ansprechpartner*innen zu den jeweiligen lokalen Aktionen.

Überblick über die geplanten Aktionen und Aufruf: <https://wald-statt-asphalt.net/sozial-und-klimagerechte-mobilitaetswende-jetzt-2022/>

Twitter: <https://twitter.com/mobiwendejetzt>
#MobilitätswendeJetzt

Pressekontakt: Sabine Lassauer, Aktionsbündnis und Attac Deutschland, Tel. 0162 3621 037

Mailkontakt: mobilitaetswendejetzt@riseup.net

Europäische Sommeruniversität: Programm für eine bessere Zukunft

geschrieben von Andreas | 14. Juni 2023



Treffen der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach mit spannenden Debatten

Mit einem vielfältigen und hochkarätigen Programm kommt die Europäische Sommeruniversität (ESU22) der sozialen Bewegungen dieses Jahr wieder nach Deutschland: Vom 17. bis 21. August trifft sich auf Einladung von Attac ein politisch interessiertes Publikum in der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Elf große Foren und 125 Workshops zu den Brennpunkten der europäischen Politik hat die internationale Programmgruppe vorbereitet.

Zu Krieg und Frieden, Klima, Umwelt, Wohnen und Gesundheit, aber auch zu den Themen Inflation und kapitalistische Krisenpolitik, Rassismus und Geschlechtergerechtigkeit sind Aktive aus den sozialen Bewegungen, Betroffene und Wissenschaftler*innen als Referent*innen eingeladen.

Gesucht: neue Friedensperspektive für Europa

„Die Diskussionen auf dieser europäischen Sommeruniversität werden zukunftsorientiert sein,“ sagt Hugo Braun, Sprecher des ausrichtenden Attac-Bildungsvereins Bikoop und Mitglied des

Attac-Koordinierungskreises „Es wird beispielsweise darum gehen, nach dem russischen Überfall auf die Ukraine und den Kriegen der Nato eine neue Friedensperspektive für Europa zu entwickeln. Wir werden neue Aktionsformen für die Klimaziele und gegen das inflationstreibende Krisenmanagement entwickeln müssen.“

*Aktivist*innen aus Russland und der Ukraine im Gespräch*

Der Krieg in der Ukraine wird in einem besonderen Forum diskutiert, dem Aktivist*innen aus den Friedensbewegungen Russlands und der Ukraine per Video zugeschaltet werden. Prominenteste Referentin wird hier die finnische Wissenschaftlerin und Politikerin Tarja Cronberg sein, die als Vorsitzende der Grünen und als Ministerin in einer Mitte-Links-Regierung stets leidenschaftlich für eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur plädiert hat.

Plenardebatte zur Zukunft der Linken in Europa

Eine Plenardebatte beschäftigt sich mit der Zukunft der europäischen Linken und ihrem Beitrag zu einer Politikwende in Europa. Hier wird Aurélie Trouvé aus der Gründergeneration von Attac Frankreich erwartet. Sie gehört heute zu den Sprecherinnen des neuen Linksbündnisses aus France Insumé, Sozialist*innen und Kommunist*innen, das im Juni in den Wahlen zur Nationalversammlung antritt. Sie wird mit Alexandra Strickner von Attac Österreich und dem Wiener Politikwissenschaftler Uli Brand über die Einheitsbestrebungen der Linken als „Mosaik oder Regenbogen“ diskutieren.

Ein umfangreiches Begleitprogramm bei der ESU bietet Musik, Theater, Ausstellungen, Filme und Exkursionen, aber auch viele Gelegenheiten zur Vernetzung, zum Entspannen und Spaß haben, etwa bei den Partys am Abend.

Die ESU22 wird ausgerichtet vom Attac-Bildungsverein Bikoop, dem europäischen Attac-Netzwerk und dem AStA der Hochschule Niederrhein.

Pressekontakt: Hugo Braun, Attac-Koordinierungskreis,
braun@attac.de, Tel. +49 171 542 2515

Weitere Informationen: www.esu22.eu

Frauke Distelrath
Pressesprecherin

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M
Tel. 069 900 281-42; 0151 6141 0268
presse@attac.de
